

Stellungnahme des EPIZ zur Debatte über "Neutralität" in der politischen Bildung

EPIZ ist ein Zentrum für Globales Lernen in Berlin. Unsere Arbeit trägt dazu bei, vergangene und gegenwärtige globale Zusammenhänge erkennbar zu machen und in diesem Rahmen die eigene Rolle und Verantwortung zu reflektieren. Das Globale Lernen ist ein Konzept der politischen Bildung, das ein gutes Leben für alle Menschen weltweit zum Ziel hat. Es hat eine klare Wertorientierung im Sinne von weltweiter sozialer Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und einer sozial-ökologischen Transformation. Basis des Globalen Lernens sind die völkerrechtlich bindenden internationalen Menschenrechtsverträge.

Organisationen des Globalen Lernens sind wichtige Träger der politischen Bildung und des zivilgesellschaftlichen Engagements. Mit ihren Bildungsangeboten sind sie Impulsgeber auf dem Weg zu einer solidarischen und zukunftsfähigen Weltgesellschaft. Wir beobachten mit Sorge, dass menschenfeindliche Haltungen im Alltag immer häufiger geäußert werden und unwidersprochen bleiben. Daher möchten wir uns in der Debatte um „Neutralität“ in der politischen Bildung positionieren.

Weder das im Beutelsbacher Konsens verankerte Kontroversitätsgebot noch das gleichrangig zu behandelnde Neutralitätsgebot begründen eine „Neutralität“ oder gar Toleranz gegenüber demokratieverachtenden Parolen oder menschenfeindlichen Äußerungen.

Als politische Bildner*innen in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit wollen wir Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen demokratische Werte vermitteln und sie dabei unterstützen, eigene Urteile zu bilden, kontroverse Debatten zu führen, politische Situationen sowie Interessenslagen zu analysieren und ihr eigenes Handeln auf globale Auswirkungen zu überprüfen. Wir wollen dazu ermutigen, sich an der Entwicklung einer zukunftsfähigen Gesellschaft zu beteiligen und couragiert zu handeln. Schüler*innen und Lehrer*innen dürfen keiner Angst ausgesetzt sein, ihren Standpunkt frei zu äußern. Lehrer*innen sind durch das Grundgesetz und die Landesschulgesetze dazu verpflichtet, Kinder und Jugendliche im Geiste der Menschenwürde, Demokratie, Toleranz und Gleichberechtigung zu erziehen.

Wir nehmen den Beutelsbacher Konsens als Grundlage unserer Bildungsarbeit ernst. Die Grundsätze des Beutelsbacher Konsens' fordern die sachliche und kritische Auseinandersetzung mit Positionen, die in der Politik, der Wissenschaft und der Öffentlichkeit vertreten werden. Wir sehen es als Pflicht sowohl von Lehrer*innen als auch von Multiplikator*innen des Globalen Lernens an, Stimmen und Stimmungen in Schulveranstaltungen und Unterricht nicht unwidersprochen zu lassen, die sich gegen die Menschenrechte oder zentrale Grundrechtsartikel richten, z.B.

- Artikel 1, Absatz 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“
- Artikel 3, Absatz 1: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.“
- Artikel 4, Absatz 1: „Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.“